

unter Einbeziehung sozialdemokratischer Jungarbeiter und die gesamten Einheitsfrontaktionen in Halle, Kassel u. a. stehen einige Beispiele einer ganz unzulässigen Einheitsfrontpolitik vor, die opportunistische Spitzenverhandlungen mit SPD-Bonzen und völlig einflusslosen Brandlerianern usw. gegenüber. Auch hier bestanden sich die kritischen Feststellungen, die der Genosse Thälmann in seinem Artikel getroffen hat.

Auch in der Frage der Linie der Kampfführung gegen den Nationalsozialismus zeigten sich einige prinzipielle Schwächen. Abgesehen davon, daß der Kampf gegen den Faschismus auch während der Volksbegehrenskampagne sehr oft zu schematisch und nicht genügend konsequent auch in der gesamten politischen Argumentation geführt wurde, trifft für die Volksbegehrenskampagne vollständig das zu, was der Genosse Thälmann in seinem Artikel in folgendem Satz feststellt:

„Wir haben der falschen Theorie von der „Unvermeidlichkeit“ der faschistischen Diktatur unter dem Monopolkapitalismus zum mindesten teilweise Rechnung getragen, oder jedenfalls nicht immer einen genügend scharfen Kampf gegen diese falsche, und uns auf Abwege führende Theorie entfaltet.“

Wenn in unserer Agitation während des Volksbegehrens, wobei festzustellen ist, daß dieses sogar, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, in offiziellen Materialien der Partei erfolgte, über die Gefahr der offenen und unverhüllten faschistischen Diktatur hinweggegangen wurde mit der allzu schematischen Behauptung, daß gerade im Feuer der Konterrevolution die revolutionären Kräfte wachsen würden, so kommt darin, wie der Genosse Thälmann ganz richtig feststellt, „ein gewisser sektiererischer Fatalismus gegenüber der faschistischen Entwicklung, das Gegenstück zur opportunistischen Panitzsierung anderer Ge-

## Massenstreikposten in Ramenz

Die Streikfront trotz Bürokratenverhandlungen unerschütterlich — Die RSD mobilisiert zur Solidarität!

Der Kampf der Ramenzer Textilarbeiter hat eine weitere Verschärfung erfahren. Da keine Streikbrecher zu finden waren, verbot die Firma Oskar Müller durch Briefe an die streikende Belegschaft, die Streikfront zu verlassen. Der „Erfolg“ war jedoch, daß sich lediglich ein Mann und drei Frauen zum Streikbruch verleiten ließen. Dafür wuchs jedoch die Kampfstimmung im ganzen Streikgebiet. Sämtliche Betriebe wurden von Massenstreikposten umgeben. Kommunistische, parteilose und sozialdemokratische Betriebsarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder besetzten zu Hunderten die Zugangstüren. Seit 3 Tagen versucht die Polizei mit Wassergewalt die Streikposten auseinanderzuschlagen, jedoch finden sich die Massen immer wieder ein. In den letzten Tagen kam es zu Demonstrationen.

„Nennen“ zum Ausdruck. Nicht genügend hat die Partei in ihrer Agitation die Linie beachtet, die der Genosse Thälmann in seinem Artikel in folgendem Satz feststellt:

„Wir müssen statt dessen mit aller Schärfe feststellen, daß sowohl über die faschistische Entwicklung im allgemeinen, als auch über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung im besonderen in ausschlaggebender Weise der revolutionäre Massenkampf des Proletariats entscheidet.“

Damit wird in diesem Zusammenhang eine letzte, aber keineswegs untergeordnete Schwäche unseres Volksbegehrenskampfes angedeutet. Das Volksbegehren wurde von vornherein in seiner ganzen Zielsetzung und Aufgabenstellung in Angriff genommen als eine außerparlamentarische Massenaktion der sächsischen Arbeiterklasse gegen die Kapitaldiktatur und gegen den Faschismus. Obwohl während des Volksbegehrenskampfes eine Reihe großer und erfolgreicher außerparlamentarischer Massenaktionen durch die Partei organisiert und durchgeführt wurden, so zeigten sich dennoch ernste Erscheinungen einer allzu parlamentarischen Problemstellung während des Volksbegehrenskampfes nicht nur bei den meisten unteren Einheiten der Partei, sondern teilweise sogar bei unserer Parteipresse. Das beste Beispiel dafür lieferten die Parteiveranstaltungen in Dresden und Chemnitz, die nach dem Erlaß der Notverordnung in der politischen Linie des Kampfes gegen diese Notverordnung eine völlig unzulässige und geradezu opportunistisch parlamentarische Einstellung erkennen ließen.

Neben diesen wichtigsten Hauptschwächen in der Durchführung des politischen Kampfes während des Volksbegehrens zeigten sich selbstverständlich auch eine Reihe kleinerer örtlicher und lokaler Schwächen, die die Ursache für das außerordentlich stark abweichende Eintragungsergebnis in den verschiedenen Orten bilden und die sowohl auf politischem als auch organisatorischem Gebiet liegen. Wenn die Partei in Sachsen es versteht, die im Volksbegehrenskampf zugabe getretenen politischen und organisatorischen Schwächen schnellstens zu überwinden, so wird sie damit nicht nur die Voraussetzungen schaffen zu einem noch viel größeren Erfolg in der Mobilisierung zum roten Volksentscheid, sondern dann wird sie auch an allen den vor der Partei stehenden großen politischen Aufgaben ständig wachsen und zur wirklichen Führerin der sächsischen Arbeiter im Kampf gegen Kapitaldiktatur und Faschismus werden.

Die entscheidende und große historische Aufgabe, die der kommunistischen Partei gestellt ist, ist die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Kampf und die Eroberung der Hegemonie in der Führung aller Schichten des werktätigen Volkes. Das rote Volksbegehren war ein großer Erfolg der kommunistischen Partei in Sachsen auf diesem Wege. Schnelle Überwindung der Schwächen und Mängel ist die Voraussetzung, aber auch die Garantie eines noch weit größeren Erfolges im roten Volksentscheid.

# Draconische Bestimmungen gegen die proletarische Presse

Neue Ausführungsbestimmungen des Reichsinnenministers Groener

Reichsinnenminister Groener hat neue Ausführungsbestimmungen zu den Notverordnungen in der Frage der Presseverbote erlassen, die eine neue Verschärfung der Ausnahmestimmungen gegen die revolutionäre Arbeiterpresse darstellen.

Es ist fasslich dem freien Ermessen der Verbotsinstanzen überlassen, nach diesen Ausführungsbestimmungen die kommunistische Presse generell zu verbieten.

Es heißt in diesen Ausführungsbestimmungen: „Die allgemeine Tendenz einer periodischen Druckschrift kann zwar für Auslegung des Inhalts einer Veröffentlichung (1) in der Druckschrift von Bedeutung sein. Dagegen hat die allgemeine Tendenz einer periodischen Druckschrift bei Prüfung der Frage außer Betracht zu bleiben, ob das Verbot notwendig ist.“

Der erste Satz hebt hier völlig den zweiten Satz in der Praxis auf. Bei der Prüfung der Frage, wann die kommunistische Presse „die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet“ wird künftig insbesondere beachtet werden: Nicht nur falsche Nachrichten sondern auch „alarmierende Sensationsnachrichten oder Schlagzeilen (2), die die von der Reichsregierung getroffenen

# Zweimal amtliche Statistik!

Schlech steht Naziterror nicht. Werden die „135 ungeklärten Fälle“ noch aufgedeckt?

In der Donnerstagstagung des sächsischen Landtages legte der Innenminister eine Statistik der politischen Zusammenstöße des Jahres 1931 in Sachsen vor. Nach dieser Statistik seien als schuldiger Teil bei politischen Zusammenstößen anzusehen:

die Kommunisten in 185 Fällen  
die Nationalsozialisten in 60 Fällen  
angehörige anderer Parteien in 25 Fällen,

während in 135 Fällen die Schuldfrage nicht einwandfrei geklärt werden konnte.

Von den bei diesen Zusammenstößen Verletzten gehörten der SPD 108, der NSDAP 363, anderen Parteien 84 an, während bei 148 die Parteizugehörigkeit nicht festzustellen war.

Wir halten dem Minister eine amtliche Reichsstatistik entgegen, die in aller Offenheit zeigt, wer terrorisiert.

	Bluttaten der Faschisten		Opfer auf faschistischer Seite	
	Tote	Verletzte	Tote	Verletzte
1923	182	377	54	16
1924	15	29	1	7
1925	12	43		10
1926	9	25	2	3
1927	11	74		10
1928	6	27		11
1929	39	41	3	17
1930	44	58	2	80
1931	25	66	24	97
	323	740	86	251

Also 323 Menschen wurden von den Faschisten gemordet,

während letztere in derselben Zeit nur 86 Opfer zu beklagen hatten.

Wenn man sich daran erinnert, wie nationalsozialistische Statistiken fertiggestellt werden, indem auf Grund der Selbstberichterstattung aller Verletzten von nationalsozialistischen Ärzten ermittelt werden, bei der jeder Kratzer als Verletzung gebucht wird, und wenn die Zusammenstellung der nationalsozialistischen Totenlisten Selbstmorde, Fremde an verdächtigen Stellen, zuletzt Reklamationen von Toten, die sich nie politisch betätigt haben, als Nationalsozialisten, da weiß man, was von diesen Verurteilten zu halten ist. Wir erinnern nur an den Fall Bahnschmid in Düsseldorf und an den Selbstmord des Limbacher Mannes, der Gelder des Freiheitskampfes unterschlagen hatte. In beiden Fällen überschlug sich die Nazipresse in „Rot-Mord“, und „Unternehmensgenuss“ Geboul.

Die sächsische SPD-Presse und vor allem die Dresdener Volkszeitung, die sich sonst nicht genug hervorzuheben können im papierenen Scheinkampf gegen den Faschismus, setzen sich dem sächsischen Innenminister und hegen gegen die Kommunisten. Die Dresdener Volkszeitung vom 18. Dezember schreibt von der „Schuld der SPD-Führer und der SPD-Presse, die sich gar nicht bemühen, ihre Anhänger von Gewalttaten abzuhalten.“

Gegen den Faschistenterror werden weder die Schlichtung noch die Sozialdemokratie etwas ernsthaft unternommen.

Die Arbeiterklasse findet sich zusammen im antifaschistischen Massenkampf unter Führung der SPD und unterstützt die Umsturzpropaganda der Roten Hilfe für die Freilassung der 600 proletarischen, politischen Gefangenen.

# Betrug an Dresdner Straßenbahnern

Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche und neue Massenentlassungen geplant Montag Urabstimmung. Folgt der RSD!

Aus Straßenbahnerkreisen erhalten wir folgende Zuschrift:

Am nächsten Montag soll in den Betrieben der sächsischen Straßenbahn A.G. eine Urabstimmung über die Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche stattfinden. Straßenbahnerkollegen, im April dieses Jahres hieß es, die Straßenbahner opfern sich und es wurde die 44-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich eingeführt. Jetzt sollen sich die Straßenbahner wieder opfern und es soll die 48-Stunden-Woche eingeführt und 250 Kollegen erneut entlassen werden. Außerdem soll mit dieser Verlängerung der Arbeitszeit am 1. Januar 16 Prozent Lohn abgebaut werden. An der Urabstimmung über die Verlängerung der Arbeitszeit sollen nur die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter teilnehmen, Stadtrat Albrecht hätte das verlangt. Anstatt der Urabstimmung macht Montag vormittag in allen Dienststellen Betriebsbesprechungen und lehnt geschlossen die Verlängerung der Arbeitszeit und damit die Entlassung von 250 Kollegen ab. Folgt dem Beispiel der Kollegen des Autobahnhofes.

Die Belegschaft des Autobahnhofes der Straßenbahn A.G. nahm bereits am Freitag Stellung und beschloß einstimmig:

1. Die Bürgersteuer wird nicht vom Lohn gekürzt sondern soll vom Unternehmer getragen werden.
2. Die wöchentliche Arbeitszeit ist auf 44 Stunden zu belassen.
3. Die Fahrpreise für die Straßenbahn sind auf 15 und 20 Pfennig abzurunden.

Bei dieser Betriebsbesprechung nahm auch zu diesem Antrag das sozialdemokratische Mitglied des Gesamtverbandes, Mener, Stellung. In der Diskussion erklärte dieser: Ueber die Arbeitszeit kann niemand anders abstimmen als gewerkschaftlich Organisierte, weil Stadtrat Albrecht das von den Gewerkschaften ausdrücklich verlangt hat. Des weiteren erklärte Mener: Kollegen, ihr seid euch doch darüber im Klaren, daß dieser Antrag in den Papierkorb wandert. Diese Ausprüche haben bei der Kollegenchaft eine ungeheure Empörung ausgelöst, doch selbst Mener nicht gewagt, gegen diesen Antrag zu stimmen.

Aus dieser Zuschrift geht mit aller Deutlichkeit hervor, wie ungeheuerlich der Verrat der reformistischen Gewerkschaftsführer und Betriebsräte an den Dresdner Straßenbahnern ist. Erst hat man den Straßenbahnern die 44-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich aufgeschwungen und jetzt zwingt man sie zu dem mehrfach gekürzten Lohn wieder 48 Stunden zu arbeiten. Als anfänglich des letzten Straßenbahnerstreiks die roten Betriebsräte und die RSD die Rolle der Reformisten aufzeigten und den Streik proklamierten, für dessen Proklamierung die Arbeit-

terstimme auf vier Wochen verboten wurde, haben die Straßenbahner zum großen Teil den Berührungspunkten der Reformisten geklaut. Heute, wo Diktation und Gewerkschaftsführer erneut Verrat an den Straßenbahnern vorbereiten, beginnen auch die welche bisher den Reformisten gefolgt sind, zu erkennen, warum es geht.

Für die Straßenbahner tritt nur die RSD und die kommunistische Partei ein, deren Forderungen wir im heutigen Gewerkschaftsteil veröffentlichen.

# Volksaufstand gegen Kuomintangregime

Nanking in Händen der Aufständischen: Kuomintanggebäude gestürmt. Tschangtschai auf der Flucht. Soldaten verbrüdern sich. Massenstreik in Schanghai

Schanghai, 18. Dez. (Ug. Ber.)

Die revolutionären Massenbewegungen in Nanking, die den Sturz des Henkers Tschangtschai herbeiführten, haben sich im Laufe des gestrigen Tages in einem Volksaufstand gegen die verhasste Kuomintangregierung verwandelt. Zehntausende von Studenten und Arbeitern führten gestern abend

das Parteigebäude der Kuomintang, wo unter Teilnahme der unter starker militärischer Bedeckung aus Kanton eingetroffenen „linken“ Kuomintangführer die Parteilegation tagte. Tschangtschai hatte es vorgezogen, an dieser Sitzung, die über die Neubildung der Regierung entscheiden sollte, nicht mehr teilzunehmen. Er ist mit einem Flugzeug nach Peking geflüchtet. Die Massen drangen in das Gebäude ein und demolierten es von oben bis unten. Mehrere Kuomintangführer, denen es nicht gelungen war, rechtzeitig zu fliehen, wurden von der erbitetsten Menge blutig verprügelt. Einer von ihnen soll getötet worden sein.

Die von den provisorischen Behörden eingetroffenen Truppen schossen in die Luft und verbrüdernten sich mit den Massen. An anderen Stellen der Stadt kam es zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, die mehrere Studenten verhaftete. Sie führten das Gebäude der Kuomintangzeitung und stellten es in Brand. Die Truppen schlossen sich wiederum den Massen an.

Die Stadt befindet sich vollkommen in den Händen der Aufständischen. Die Bahnhöfe sind von bewaffneten Aufständischen besetzt.

In der Stadt wird in Zehntausenden von Exemplaren ein Flugblatt der kommunistischen Partei Chinas verbreitet, das an die Massen die Aufforderung richtet: „Bewaffnet euch! Vorwärts zu Massenaktionen gegen die imperialistischen Mächte und gegen die Kuomintang!“ Die japanische Nachrichtenagentur „Agence Indopacifique“ meldet, daß bei den Studentenemonstrationen der letzten Tage unzählige rote Fahnen und viele Transparente zu sehen waren mit der Aufschrift: „Es lebe die kommunistische Partei Chinas!“

## Neues Buchhausurteil in Leipzig

Leipzig, 18. Dezember.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat heute den Genossen Kestler aus Chemnitz bei 6 Monaten wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Genosse Richter zu drei Jahren Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust, Genosse Müller zu drei Jahren Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust, Genosse Müller zu drei Jahren Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust und sie für politische Flüchtlinge zur Verfügung gestellt.